



Medienmitteilung

SP PV vom 25.6.2019 zum Au-Park und zur Gletscherinitiative

Die geplante Überbauung des Alcatel Areals in der Au bewegt die Gemüter. Das zeigte der grosse Aufmarsch zur Parteiversammlung der SP, an der dieses Geschäft kontrovers diskutiert wurde.

Hansjörg Schmid, Präsident der Raumplanungskommission kennt die Weisungen 8 und 9 sehr genau und informierte die Anwesenden kompetent über die Details und Hintergründe des Projekts.

Als Befürworter strich er dessen Vorteile heraus: Es handelt sich um eine hochwertige Überbauung, welche eine Industriebrache ersetzen soll. Das Energiekonzept ist fortschrittlich. Den Mehrwertausgleich von fünf Millionen (25% des durch die Umzonung erfolgten Mehrwerts) erachtet er als akzeptablen Wert. Dass dadurch bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, entspricht einem Anliegen der SP, welches sie schon seit Jahren verfolgt. Eine Verdichtung an dieser verkehrstechnisch sehr guten Lage macht Sinn und die Überbauung könnte die lang gewünschte Zentrumsfunktion in der Au übernehmen.

Mona Fahmy steht dem Projekt sehr viel kritischer gegenüber. Sie empfindet es als überdimensioniert und die Ausnutzungsquote von 133% als überzogen. Auch habe der Stadtrat schlecht verhandelt, denn der Mehrwertausgleich müsste sich zwischen 30 und 40% bewegen. Der Investor erzielt einen grossen Profit, aber die Grossüberbauung, in die viele Familien ziehen werden, wird der Stadt sehr hohe Kosten in der Infrastruktur verursachen. Es braucht neue Verkehrswege, Schulen Sporthallen, Betreuungsangebote etc. Es fehlt eine Gesamtplanung für die Au und die Einbettung ins Quartier. So führen zB die Ein- und Ausfahrten der Garage über Schulwege der Kinder. Mona Fahmy ist

überzeugt, dass durch Neuverhandlungen ein besserer Deal entstehen und die Nachteile und Problempunkte ausgemerzt werden können. Die Bevölkerung in der Au befürwortet die Kantonsschule und steht einer Überbauung nicht grundsätzlich negativ gegenüber, aber der vorliegende private Gestaltungsplan weist grobe Mängel auf.

In der lebhaften Diskussion zeigte es sich, dass auch bei den Mitgliedern der Partei die Meinungen geteilt sind, wobei die Befürworter in einer Konsultativabstimmung in der Mehrheit waren.

Im zweiten Teil referierte Sepp Dorfschmid zur Gletscherinitiative. Bis ins Jahr 2050 sollen die Treibhausgasemissionen auf Null reduziert werden. Dies ist ein Hauptziel des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz bereits unterzeichnet hat. Eine Festsetzung in der Verfassung würde jedoch eine grössere Verbindlichkeit gewähren und einen Ausstieg, wie ihn zB Präsident Trump in den USA veranlasst hat, verunmöglichen. Als hochentwickeltes Land solle die Schweiz einen gemeinschaftlichen Effort machen und zeigen, dass es möglich ist, den Klimawandel zu stoppen.